

Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Hauptausschusses am Mittwoch den 14.07.2021 um 17:00 Uhr**
im Kulturzentrum Hohes Arsenal, Bürgersaal, Arsenalstraße 2-10, 24768 Rendsburg

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Fraktionsantrag	Vorlage-Nr:	VO/2021/939
- öffentlich -	Datum:	12.07.2021
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in:	Fiedler, Nina
	Bearbeiter/in:	Höffer, Sophie
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zur Prüfung des Neubaus eines Krankenhausgebäudes für die imland gGmbH in der Nähe der Autobahn 7 nördlich des Nord-Ostsee-Kanals.		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2021	Hauptausschuss	Entscheidung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt.

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Anlage/n:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion.



CDU-Kreistagsfraktion | Paradeplatz 10 | 24768 Rendsburg

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Thorsten Schulz

12.07.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Hauptausschusssitzung am 14. Juli 2021 – Tagesordnungspunkt: „imland gGmbH“ -
beantragt die CDU-Kreistagsfraktion:

Der Hauptausschuss beschließt, die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung werden angewiesen, die Geschäftsführung der imland gGmbH im Rahmen des derzeitigen Prozesses folgendes Szenario prüfen zu lassen:

Neubau eines Krankenhausgebäudes für die imland gGmbH in der Nähe der Autobahn 7 nördlich des Nord-Ostsee-Kanals. In diese Bewertung haben alle Rahmenbedingungen wie zum Beispiel das notwendige Leistungsportfolio, die optimalen Strukturen, die Liquiditätsentwicklung, der Verkauf der derzeitigen kreiseigenen Liegenschaften, die Abschreibungen etc. einzufließen.

Begründung:

Das Gesundheitswesen in Deutschland ist im Wandel. Das bedeutet auch, dass den Krankenhäusern in den nächsten Jahrzehnten gravierende Veränderungen bevorstehen. Nicht nur das Patientenverhalten ändert sich, sondern insbesondere auch die medizinische Versorgung unterliegt einer stetigen Verbesserung. Hat man früher z.B. für eine Blinddarmentfernung noch 14 Tage im Krankenhaus stationär versorgt werden müssen, so macht es die medizinische Entwicklung möglich, diesen Eingriff heute minimalinvasiv und mit einer kurzen stationären Aufenthaltsdauer durchzuführen. Gleichzeitig zeigen auch die Zahlen, dass Patienten sich vorher über die behandelnden Kliniken informieren und nicht mehr zwingend die nächstgelegene Klinik wählen, sondern diejenige, die für den jeweiligen Eingriff die meiste Erfahrung und einen guten Ruf genießt.

Heute geht man davon aus, dass eine Klinik der Grund- und Regelversorgung 500 – 600 Betten haben muss, um wirtschaftlich erfolgreich am Markt tätig sein zu können. Das Haus in Rendsburg erreicht diese Größe, das Haus in Eckernförde mit rd. 160 Betten verfehlt diese deutlich. Alle drei von der KPMG geprüften Szenarien stellen die CDU-Fraktion nicht wirklich zufrieden. Für die CDU steht über allem, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auch in Zukunft auf höchstem Niveau gewährleistet sein muss. Gleichzeitig muss es möglich sein, dass die imland

gGmbH ohne Zuschüsse den laufenden Betrieb bewerkstelligen kann. Das bedeutet nicht, dass diese – wie private Krankenhäuser – große Gewinne erwirtschaften muss. Klar ist jedoch auch, dass die Gesellschaft einen gewissen Gewinn benötigt, um weiterhin die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau und im Wandel der Zeit gewährleisten zu können.

Nach Meinung der CDU wäre es ein volkswirtschaftlicher Irrweg, in einen Klinikstandort wie Eckernförde – das künftig am Markt keine Überlebenschance hätte – einen hohen zweistelligen Millionenbetrag zu investieren. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Investitionen durch den Kreis, das Land oder den Bund getragen werden. Die Verantwortung vor dem Steuerzahler gebietet es, solche Fehlinvestitionen der öffentlichen Hand zu verhindern.

Gleichzeitig ist auch das Haus in Rendsburg in die Jahre gekommen. Dabei mag man beklagen, dass in den letzten Jahrzehnten zu wenig investiert worden ist. Nur hilft dieses Klagegedicht keinem weiter und verantwortlich sind alle gemeinsam: die Fraktionen und die Verwaltung des Kreises mit den vorherigen Geschäftsführern der Gesellschaft durch nicht gestellte Anträge und die jeweiligen Landesregierungen, die unsere Klinik „stiefmütterlich“ behandelt haben, denn erst in diesen Jahren werden große Summen in OP-Säle, den Hubschrauberlandeplatz etc. getätigt. Daher hilft nach Meinung der CDU nur der Blick nach vorn, nicht aber der Blick zurück zu den Fehlern der vergangenen Jahre. Und der Blick nach vorn kann nur bedeuten, dass wir unsere imland gGmbH so aufstellen, dass sie zuverlässig die Gesundheitsversorgung gewährleisten kann. Der Blick nach vorn muss dabei so weit gerichtet sein, dass er die nächsten 20 Jahre und länger umfasst.

Im Rendsburger Haus gibt es keine wirkliche Möglichkeit der Erweiterung, sodass künftige Bautätigkeiten größtenteils im Bestand zu erfolgen haben. In Eckernförde wissen wir schon jetzt, dass große Teile abgängig sind. Gleichzeitig hat uns z.B. auch die Corona-Pandemie vor Augen geführt, dass Isolierstationen – wie sie bei künftigen Pandemien nötig sein werden – in den Häusern nicht existieren.

Blickt man also in das Jahr 2040, dann kann es nur bedeuten, dass der Kreis – gemeinsam mit dem Land – den großen Wurf wagen muss. Dieser Wurf würde bei einem Privatmann bedeuten, dass man das baufällige Haus abreißt und nicht saniert. Gleichzeitig gibt es der Gesellschaft die Möglichkeit, sich nach neuesten medizinischen Erkenntnissen neu aufzustellen, nicht weiter vom Kreis abhängig zu sein und trotzdem eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten. Vielleicht dient die Geburtshilfe hier als gutes Beispiel: In einem neuen Haus könnte man (nach dem Vorbild des Städtischen Krankenhauses in Kiel) eine Belegstation mit einer stationären Station verbinden – und zwar ohne große weitere Fahrwege, da das neue Krankenhaus an der Autobahn A7 fast mittig zwischen Rendsburg und Eckernförde läge. Für die CDU ist weiterhin der geplante Personalabbau nicht nur wegen der persönlichen Schicksale, sondern auch wegen der hohen Abfindungszahlungen nicht zufriedenstellend. Dieses Geld kann an anderer Stelle besser verwendet werden, so z.B. zur Aufrechterhaltung des Klinikbetriebes bis zur Inbetriebnahme des Neubaus.

Für die Städte Eckernförde und Rendsburg ergäben sich aufgrund der attraktiven Lagen mit der Aufgabe der Klinikstandorte im Stadtbereich neue Entwicklungspotentiale.

Mit freundlichen Grüßen

Tim Albrecht